

Die Mitarbeit des Volkes

I.

„Das soll hier öffentlich erklärt werden, daß die Behörden die Mitarbeit des letzten Schweizer nötig haben, um das Land durch diese Krise zu führen!“ (Bundespräsident Schulthess am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag vom 20. Mai 1917.)

Groß und dunkel steht dieser Spruch an der Mauer des Schweizerhauses. Viele sehen ihn nicht, und noch mehr verstehen ihn nicht. Von denen, die ihn sehen, aber nicht verstehen — wie wenige, die sich um das Verständnis bemühen, wie viele, die untätig zuwarten, ob ihnen die staatlich bestellten Laternenanzünder das nötige Licht aufsteden werden! Was soll „der letzte Schweizer“ tun? Die Behörden mit seinem Vertrauen und patriotischen Gehorsam unterstützen und die frevelhafte Verdächtigungs-Journalistik unterlassen, über die nach der Presse selber nun auch die Behörden bei jedem Anlaß klagen, nachdem sie es unterlassen, rechtzeitig einzuschreiten? Gewiß, Vertrauen und Gehorsam. ... Aber ist das alles?

„Was in der nächsten Zeit geht, kann über die Zukunft des Landes entscheiden.“ So sprach der gleiche Bundespräsident am 28. Juni im Nationalrat. Offenbar muß nun die Mitarbeit des Volkes einsetzen. Was soll geschehen?

Man stecke erst einmal, und bald einmal, die Lichter auf! Erst muß das Volk klar sehen, sonst weiß niemand recht, wo er anpacken soll, und man steht Gewehr bei Fuß im Dunkel, einer unfassbar-gegenwärtigen Gefahr bewußt und der Panik ausgeheißt. Schon schwirrt das Gerücht von einem drohenden Versagen der Gasversorgung in Bern von Ohr zu Ohr.

Wie ist es denn bisher gegangen? Zuerst, und dann von Jahr zu Jahr wiederholt, der Glaube an den baldigen Frieden. „Niemand“, so ist schon mehr als einmal vom Bundesratspräsidenten erklärt worden, „dachte bei uns an einen so langen Krieg“. Aber man sehe sich einmal die Kohlenvorräte der Industrie an, die sich sofort mit Erfolg auf Jahre eingedeckt hat. Diese Leute nahmen das im August 1914 aus London kommende Wort, das die Engländer von vornherein auf eine Kriegsdauer von mindestens drei Jahren vorbereitete, ernst. Ernster als unsere hypnotisierte öffentliche Meinung, ernster auch, als es unsre Gaswerke getan zu haben scheinen, die sich von der Furcht vor Zinsverlusten abhalten ließen, möglichst große Vorräte anzulegen.

Als im Sommer 1916 nach wiederholten Warnungen, die schon im Vorjahr ungehört verhallten, der „Bund“ nach „Mehr Aderbau!“ rief — heftiges Kopfschütteln bei einigen führenden Landwirten. Seither ist mancherlei geschehen. Man nähert sich, dem Druck langsam weichend, der Einsicht, „daß wir auf die Dauer um eine Art neuzeitlichen Flurzwangs nicht mehr herumkommen werden“. Aber das ist eben das Uebel: es geschieht mancherlei, statt daß man das Ganze tut, und man weicht dem unmittelbaren Druck, statt sich auf eine weitere Zukunft vorsorglich einzurichten. Unterdessen wächst die Abhängigkeit vom Ausland und damit die Gefahr, aus der Neutralität hinausgedrängt zu werden, sei es in der Richtung der Kohlen, sei es in der Richtung des Brotes. Und seit Jahr und Tag hat jeder Nachdenkliche das Gefühl, nur noch provisorisch zu leben. Er hat es im Stillen, aber die lauten Geschäfte des Tages und der Tagespolitik vor allem sind nicht von diesem Gefühl getragen. Das muß anders werden.

Wir müssen uns jetzt auf mindestens zwei weitere Kriegsjahre einstellen. Kommt der Friede früher, um so besser! Wir werden auch dann nicht zu viel getan haben; denn nach einem solchen Weltverwüstungskrieg wird nicht auf einmal wieder alles sein, wie es vorher war.

Die Frage ist also: Was ist zu tun, damit wir mindestens zwei weitere Jahre aushalten? Sie richtet sich nach der Antwort, die auf einen ganzen Komplex von Unterfragen zu geben ist, und in der das Existenzminimum der ganzen Nation festgestellt werden muß.

Allen Erhebungen in Einzelpunkten voraus sollte die Erkenntnis gehen, daß die ganze Nation auf ihr Existenzminimum gesetzt werden muß, wenn sie ernsthaften Willens ist, so lange als möglich ehrenvoll auszuhalten. Was dieser Tage ein aufrechter Patriot in Bern im kleinen Kreise gesagt, muß offen ausgesprochen werden: „Wir werden vielleicht gezwungen, uns für eine gewisse Zeit

völlig genossenschaftlich einzurichten und auf alles Persönliche zugunsten der Allgemeinheit zu verzichten.“

Wir zehren an den Vorräten, das heißt bei den sinkenden Einfuhrziffern: an der eigenen Zukunft. Wie steht es mit den Vorräten?

In bezug auf die Kohlenversorgung folgen sich seit einiger Zeit tröstliche und weniger tröstliche Nachrichten, und mehr als einmal hat die Kohlenzentrale in Basel ermunternde Meldungen ausgehen lassen, die kurz darauf in der Presse heruntergestimmt wurden — ebenfalls von Basel aus. Die Behörden scheinen auf das Abwarten eingestellt zu sein. Am 5. April veröffentlichten die Bundesbahnen eine Mitteilung, wonach seit einiger Zeit die Kohlenzufuhr etwas stärker ausgefallen sei, weshalb einstweilen auf die Durchführung der geplanten weiteren Einschränkung der Fahrleistungen verzichtet werde. Gleichzeitig ließ sich das schweizerische Eisenbahndepartement dahin vernehmen, daß die Kohlenversorgung noch immer zu wünschen übrig lasse, so daß gegenüber den Fahrplänen vom 20. Februar auf eine weitere Einschränkung Bedacht genommen werden müsse. Sobald die Notwendigkeit sich einstelle, sollen die neuen Reduktionen durch besondern Bundesratsbeschuß auf unbestimmte Zeit in Kraft gesetzt werden.

Nun vernimmt man von weiterer Verschlechterung der Zufuhr, von Schwinden der Vorräte der Kohlenhändler und der Bundesbahnen; man spricht davon, daß die Gaswerke bereits zur Vergasung des Holzes übergegangen seien. Aber man hört nichts mehr von den im April ins Auge gefaßten Maßnahmen.

Darum ist es Zeit, daß die Behörden die Öffentlichkeit aufklären über die wahre Lage. Sie sollen sagen, ob und warum sich die Schweiz gestatten kann, solche Einschränkungen im Kohlenverbrauch abzulehnen, die sich der Kohlenlieferant selber schon letzten Winter auferlegen mußte. In deutschen Städten sind Schulen und Kirchen geschlossen worden. Bei uns aber ist jetzt, wo die Schulferien vor der Tür stehen, noch kein Entscheid über die Verlegung der Schulzeit gefallen. Die Sache ist ernster, als daß sie etwa nach der Rücksicht auf bereits gemietete Ferienwohnungen entschieden werden dürfte.

Die Kündigungstermine für die Mietwohnungen rücken heran. Manches Familienhaupt denkt mit Bangen an das Heizen. Mehr als einer, sicherlich in Bern allein Hunderte, sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie nicht mit Rücksicht auf die Heizfrage die Wohnung wechseln müssen. Die Einfamilienhäuser mit Zentralheizung insbesondere würden geradezu in ihrer Bewohnbarkeit in Frage gestellt, wenn die Kohlenversorgung versagen sollte; man muß wissen, jetzt wissen, wie weit die Vorräte und sichergestellten Zufuhren des Heizmaterials reichen. Gerne wird man die Kontingentierung der zu heizenden Räume nach der Zahl der Familienglieder, das Einlegen von Sperrscheiben in die Heizleitungen oder irgend eine andere Regulierung und Rationierung über sich ergehen lassen. Das Volk ist sicherlich willig, in diesem Sinne mitzuarbeiten; aber man gebe den Leuten Gelegenheit, sich rechtzeitig einzurichten, damit sie nicht vom Stoß der Ereignisse überrascht und übermäßig hart getroffen werden.

Lieber jetzt schon im Interesse der Zukunft Einschränkungen einführen, die vielleicht für den Augenblick noch vermeidlich erscheinen könnten, als kompromißlos weiterwirtschaften.

Ganz einverstanden mit Seneca: Spahn: „Jetzt heißt es nicht reden, sondern regieren!“ Aber «gouverner, c'est prévoir». Wenn der letzte Schweizer mitarbeiten soll, so muß er auch wissen, wie die Lage ist, und wie die Behörden sie zu überwinden gedenken. Darum heißt es jetzt in der Tat erst einmal offen reden und mit den Zahlen herausrücken, damit jedermann an seinem Platz vorsorgen kann.